

august 72

# rote hilfe Ffm.

30 72

Genossen!

Am 21. August 1972 findet in Frankenthal der zweite Prozeß gegen Larry Jackson statt. Der Termin wurde mit Berechnung zu einem Zeitpunkt angesetzt, wo viele Genossen in Urlaub sind. Das heißt für den Prozeß: keine Öffentlichkeit, keine Propaganda, keine Agitation in den Schulen, Universitäten usw.

Das Solidaritätskomitee hat sich ad hoc zur Prozeßvorbereitung gebildet. Es versucht, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Öffentlichkeit herzustellen. Dazu brauchen wir eure Hilfe!

Wir haben vor, den unten abgedruckten Aufruf als Flugblatt und Plakat zu drucken. Diese sollen in allen größeren Städten der BRD und in allen Städten der Pfalz verteilt und geklebt werden und in den Organen der einzelnen Gruppen erscheinen.

Um eine Solidarität zu schaffen, finden wir es richtig, wenn ihr diesen Aufruf unterstützt und einen Teil der Propaganda übernehmt. Außerdem wollen wir etwa eine Woche vor Prozeßbeginn Veranstaltungen (Filme, Referenten Thema: Vietnam, Ausländergesetz, politische Unterdrückung) in Frankenthal organisieren.

Auch dazu ist es notwendig, daß Genossen massenhaft erscheinen. Zur Lösung der organisatorischen Aufgaben bitten wir euch, uns bis spätestens 15.8. anzurufen.  
Telefon: 0611/72 73 98.

Larry Jackson  
Solidaritätskomitee

## INHALT:

- Aufruf zum Jackson-Prozeß
- Staatsterror als Urteil
- "Innere Sicherheit" - Programm der Repression
- SPK-Informationen
- Bullenterror in Frankfurt
- Knastothek

rote hilfe  
Postadresse: 6 Frankfurt,  
Unterlindau 74  
Spendet massenhaft auf das  
Konto Nr. 4 116 604, Dresdner  
Bank, Frankfurt

## Aufruf zum Jackson-Prozess

Am 12. Juli 1971 verurteilte das Landgericht von Zweibrücken nach einer beispiellosen Hetzkampagne der Pfälzer Presse den Farbigen Larry Jackson zu sechsjähriger politischer Gefangenschaft. Sein Mitangeklagter, Wil Burrel, mußte freigesprochen werden. Dieses Urteil ist nun vom Bundesgerichtshof aufgehoben worden, nicht, weil der Bundesgerichtshof die Rechtsstaatlichkeit besser schützt, sondern weil er die Fassade des westdeutschen Parlamentarismus besser wahren will. Die Farce des Justizverfahrens gegen Larry Jackson geht weiter. "Rechtsgründe" gegen eine Freilassung finden sich immer.

Seit fast zwei Jahren wird Larry Jackson in der Pfalz in Untersuchungshaft gehalten. Jetzt soll ihm am 21. August, mitten in den Ferien, in Frankenthal/Pfalz zum zweiten Mal der Prozeß gemacht werden. Zur Last gelegt werden Larry Jackson wechselnd Mordver schwörung wegen Mitgliedschaft in der Black-Panther-Bewegung, Mordversuch, Totschlagversuch. Er soll am 20. 11.70 aus "niedereren Beweggründen" - und das ist in der Staatsanwalt-Weibelsprache "das Auflehnen gegen den Vertreter der US-Autorität" - einen deutschen Wachtposten der US-Air-Base Ramstein angeschossen haben. Als Beweise mußten herhalten die lügnerischen und widersprüchlichen Aussagen des Posten Lippek, der nach fünf Aussagen bereit war, den Tathergang so zu schildern, daß die Staatsanwaltschaft eine "eindeutige Anklage" auf dem Tisch hatte und zur Verurteilung schreiten konnte.

Die Anklage, die Beweise sind von der Klassenjustiz zurechtgebastelt worden, die Verurteilung ist auf diesem Gebäude vollzogen worden. Jackson aber ist unschuldig; was kann die Staatsanwaltschaft eigentlich nicht als Beweismittel und Anklagepunkt im Gerichtsurteil aufführen? Daß Jackson Schwarzer ist, daß er Sympathisant der Black-Panther-Partei ist, daß er eine GI-Veranstaltung mit Kathleen Cleaver vorbereitet hat.

In der Verfolgung der "Ramstein2", im neuen Prozeß gegen Larry Jackson stellt sich die Machtkoalition von US-amerikanischer Generalität, Bundesinnenministerium, deutscher Justiz und Polizei ungeschnitten dar. Der Öffentlichkeit wird von eben denjenigen Furcht vor der Linken eingejagt, deren Kriege und Verbrechen und Bürgerkriegsvorbereitungen die Bevölkerung allen Grund hat zu fürchten: die US-amerikanische Armee, die von Westdeutschland aus ihren Material- und Menschennachschub für ihre Völkermordunternehmen in Indochina organisiert, von Innenminister Genscher, der einen Vorwand braucht, um Kathleen Cleaver als "unerwünschte Person" abschieben zu können, von Justiz und Polizei, die "Sicherheit und Ordnung" und die Ruhe in der amerikanischen Armee nur um die Profite der Kapitalisten willen schützen.

Während die Regierungen der westlichen Länder verzweifelt versuchen, Übereinkommen und Abkommen zu schließen, sie ihnen ein gemeinsames Vorgehen zur Sicherung ihrer Herrschaft ermöglichen - von der gemeinsamen Polizeiausbildung bis zur

gemeinsamen Währungskontrolle -, soll die Solidarität und Zusammenarbeit der Arbeiter und Studenten, der Lehrlinge und Schüler auf internationaler Ebene als "kriminell" hingestellt werden. Wessen Ausländerrecht ist es, das Ernest Mandel und Kathleen Cleaver an Diskussionen mit uns hindern, das aber nichts gegen den Besuch des Schah oder der tollwütigen Raate Nixon einzuwenden hat? Wessen Nato-Vertrag, der zwar den Umschlag von Material und Personal für den indochinesischen Kriegsschauplatz in Westdeutschland gestattet, nicht aber die Aufklärung gegen diesen Krieg in der Armee? Wessen Justiz, die zwar schwarze Oppositionelle verhaften, aber nicht ohne lügenerische Zeugen, rassistische Staatsanwälte und eine Hetzpresse auskommen kann?

Angela Davies hat zu ihrem Prozeß die "ahrheit gesagt, als sie davon sprach, daß der einzige gerechte Prozeß gegen sie überhaupt kein Prozeß gewesen wäre. Das trifft auch für Larry Jackson zu.

Wir fordern die sofortige Freilassung von Larry Jackson!  
Weg mit Genschers Ausländergesetz!  
Für den Sieg der indochinesischen Völker!

Kommt zum Prozeß! Macht Frankenthal zum neuen Stützpunkt der antiimperialistischen Schüler- und Lehrlingsbewegung der Pfalz!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!



**PROZESSBEGINN:**  
**21. AUGUST in FRANKENTHAL**  
**- bei Ludwigshafen -**

# Staatsterror als URTEIL

Der kampf gegen "ungerechte" urteile mit hilfe von anwältin und gerichtsreden ist ein kampf gegen eine vorgeschobene fassade des kapitalistischen systems. diese fassade hat die aufgabe, den revolutionären angriff von den empfindlichen zentralen stellen im wirtschafts- und eigentumssystem abzulenken. während man kämpft, um gelder für die prozeßkosten aufzubringen, werden die machtverhältnisse nicht verändert.

Cleaver

der inhalt des hoppe-prozesses liegt nicht beim werner, den das gericht zum viehischen mörder stempelte, sondern der inhalt dieses prozesses ist der konkrete kampf, den der staatsapparat gegen die organisierte linke, speziell gegen den aufbau revolutionärer guerillaorganisationen führt.

die notstandspraktiken der polizei, die am 15. juli 71 in norddeutschland abliefen, galten den schon vorhandenen ansätzen von stadtguerilla. die aus 3000 mit maschinenwaffen ausgerüsteten beamten bestehende bürgerkriegstruppe sollte die linke bewegung disziplinieren, die bevölkerung von der linken und die linke von der raf spalten. die gefährlichkeit des staatlichen militärapparates sollte die gefahr aufzeigen, die von der raf ausging.

die gefährlichkeit der raf war für die staatlichen behörden längst vorausgesetzt. die herrschende presse - gespeist vom bundeskriminalamt - verkaufte und verkauft den widerstand der gruppe als gegen die bevölkerung gerichteten terrorismus. KONKRET: andreas baader rief zum volkskrieg auf. damit kann er nur den krieg gegen das volk gemeint haben,

wenn die raf sagt, wir müssen den krieg in die wohngebiete der HERRSCHENDEN tragen, sagen genscher und seine presse: die raf will den krieg in die wohngebiete der BEVÖLKERUNG tragen.

so ist es nur konsequent, daß zum 2. juni 72 bombendrohungen gegen die stuttgarter BEVÖLKERUNG losgelassen und der raf unterstellt werden, um daraufhin in ganz süddeutschland eine großangelegte notstands"übung" durchzuführen.

daß sich petra gewehrt hat, wird zum beweis für die gefährlichkeit der raf und zur staatlichen notwendigkeit, sie zu ermorden. bei werner hoppe muß ein kompromißloser widerstand konstruiert werden, um ihn zu verknacken.

**SO VERKEHRT DIE JUSTIZ UNRECHT IN RECHT, LÄGT DER STAAT TERROR GEGEN DEN WIDERSTAND DER VON IHM UNTERDRÜCKT UND AUSGEBEUTET GEHALTENEN ZUR NOTWEHR GERATEN.**

der prozeß selbst, die sog. beweisführung, die sog. wahrheitsfindung ist nichts als lüge, sand in die augen der bevölkerung. staatsanwalt und richter hatten mit ihren anschuldigungen - 3facher und

4facher versucher totschiag - notstandspraktiken zu stützen, in deren rahmen ganz hamburg abgeriegelt und jeder BMWfahrer für vogelfrei = abschußreif erklärt wurde. nur ein schuldsspruch gegen werner konnte das gericht davor bewahren, genscher ruhnu und seine helfershelfer für den mord an petra zur rechenschaft zu ziehen.

in diesem zusammenhang ist auch die ursache dafür zu suchen, daß petra zur wild um sich schießenden terroristin, ihr mörder aber zum lebensretter gemacht wird. zitat DIE WELT vom 2.6.72:

"rainer h. war der beamte, der auf seiner MP den tödlichen schuß abgab, der die 20jährige berliner friseuse unter dem rechten auge traf. auf seinem uniformärmel trug der zeuge das rote V, umgeben von einem silbernen lorbeerkranz. diese auszeichnung bedeutet: einsetz des eigenen lebens zur rettung eines anderen mensch. rainer h. bekam diese auszeichnung für den einsetz gegen petra schelm, bei dem er vielleicht das leben seines kollegen, alber l. rettete."

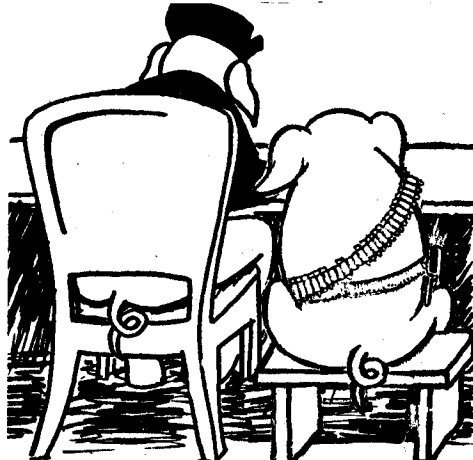
der richterfaschist SCHMIDT sagte deutlicher: "da ereilte sie ihr schicksal". die tatsache, daß hier ein richter die maßnahmen des staates, seines polizei- und militärapparates zum schicksal, zum absoluten recht

erklärt, macht deutlich, daß die gewaltenteilung endgültig abgeschafft ist; die institutionen des staatsapparates handeln nicht mehr nach den prinzipien des liberalen rechts, sondern als einheitliches subjekt der staatsge-

walt, wo die justiz zum bestätiger und vollstrecker der herrschenden willkür wird.

NAZIGEIST + KLASSENJUSTIZ = POLIZISTAAT

FREIHEIT FÜR WERNER HOPPE !



Richter und Staatsanwalt, eine kriminelle Vereinigung begründend

卐 + § = §§

# „INNERE SICHERHEIT“-PROGRAMM DER REPRESSION

Im Hoppe-Urteil wird deutlich, was noch im Prozeß gegen Irene, Ingrid und Horst verschleiert bleiben sollte: daß Gerichte in Westdeutschland, getragen von den Interessen zur umfassenden Sicherung der kapitalistischen Herrschaft und gestützt durch die in gewalttätiger Hetze der Massenpresse täglich neu hergestellte apathische Massenloyalität, auch die Formen und Beweisregeln des liberalen Rechtsstaats hinter sich lassen. Das mag, unbeachtet von der politischen Öffentlichkeit immer auch die Realität der Klassenjustiz ausmachen, wichtig ist hier: die Plakativität, die neu ist. Und auch von BILD und den Politikern als neu verstanden und begrüßt wird.

Gegenüber derartigem gewalttätigem "Fortschritt" sich auf die eben verlassenen Prinzipien und "Garantien" zu berufen, im öffentlichen Protest gegen das Urteil die Empörung über die Verletzung der Beweisregeln in den Mittelpunkt zu stellen, macht uns schwächer, als wir sind. Es läßt unsere Politik ohne "Fundament" - oder sollen wir uns entschieden "auf den Boden" der freiheitlich-demokratischen stellen? Ist nicht wirkliche Grundlage für unsere Politik das Wissen um die Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung, das Verständnis der Weltwährungs- und die Fähigkeit, die Gründe für Widerstand und Empörung zu analysieren?

Hoppe ist verurteilt worden als Stadtguerillero. Hatte bis dahin die Justiz im wesentlichen den punktuellen Bürgerkrieg der Polizeistreitkräfte in Einstellungsverfügungen für die Mordschützen von Augsburg, Berlin, Tübingen legitimiert und nachvollzogen, wird sie mit diesem Urteil selbst zum initiativen Instrument.

Die öffentliche Argumentation zum Hoppe-Urteil muß voraus denken. Technisch können wir bei Hoppe noch die Uahl der Patronen o.ä. bestreiten, bei Andreas wird das nicht mehr gehen, sollen die kommenden Prozesse nicht zu politischen Niederlagen werden. Notwendig ist die Verteidigung der Legitimität des Widerstands. Taktische Fragen (Richtigkeit oder Falschheit von Partisanenkampfmethode oder ihrer Anwendung durch die RAF etc.) sind massenhaft augenblicklich kaum zu vermitteln. Man kann sich aber öffentlich auf die überall erfahrene Realität der kapitalistischen Unterdrückung beziehen. Unsere Agitation darf nicht durch Liberalität die organisatorische Isoliertheit der RAF-Genossen verdoppeln.

Die gesteigerten ideologischen Hetz- und Diffamierungskampagnen der Bourgeoisie gegen Linke haben eine Atmosphäre geschaffen, in der der Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates auf organisatorischer, gesetzlicher und finanzieller Ebene ohne größere "Reibungsverluste" zwischen den bürgerlichen Parteien und ohne größere Proteste der Bevölkerung betrieben werden konnte. Wesentliche Vorarbeit zur Verschärfung staatlicher Unterdrückungsmaßnahmen leistete seit fast zwei Jahren die Institution der Innenministerkonferenz.

Die ständige Konferenz der Innenminister der Länder und des Bundes (IMK) wurde seit 1970 immer mehr zu einer zentralen Einrichtung ausgebaut, um den Einsatz von Bereitschafts- und Kriminalpolizei, Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz bundeseinheitlich zu koordinieren und zu steuern.

Am 28.4. legte die IMK den ersten Teil eines einheitlichen "Sicherheitsprogramms" für die BRD vor. In diesem Programm wurden Maßnahmen zur Integration von Schutz- und Kriminalpolizei, die Unterstützung der Länderpolizeien durch Bundesgrenzschutzeinheiten bei "besonderen Anlässen", die Regelung einer einheitlichen Ausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst sowie Maßnahmen zur "Modernisierung der technischen Ausrüstung" beschlossen.

Auf ihrer Sondersitzung vom 22.5. legte die IMK ein "Konzept zur Fahnung nach Terroristen" vor. Es befaßte sich vor allem mit der Erweiterung der Befugnisse des BKA durch Einschränkung der LKA-Befugnisse und verabschiedete vier "Sicherheitsgesetze": 1. die Bestrafung des Besitzes, Erwerbs und der Weitervergabe von Waffen und Sprengstoff, 2. die Bestrafung der öffentlichen Aufforderung zur Gewalt, 3. die Verschärfung des Haftrechts (Wiederholungsgefahr als Haftgrund) und Beschleunigung von Strafverfahren, 4. Kompetenzerweiterung von Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz.

Am 17.6. beschloß die IMK das endgültige "Sicherheitsprogramm" für die BRD. Neben dem Gesetzesentwurfen zur Änderung des Waffengesetzes, des Haftrechts, des Bundesgrenzschutz- und Verfassungsschutzrechts und Maßnahmen zur Koordinierung und Verstärkung von Schutz- und Kriminalpolizei (künftig soll auf 400 Bundesbürger ein Polizeibeamter kommen) sowie zur Errichtung zentraler "Forschungs- und Entwicklungsstellen für Polizeitechnik" wurde beschlossen, Maßnahmen zum Erlaß einheitlicher Ausführungsbestimmungen zum Berufsverbot für Kommunisten im öffentlichen Dienst zu ergreifen. Es wurden Vorschläge gemacht zur Erweiterung der Möglichkeiten der Fernmeldeüberwachung sowie zur Einführung einer Meldepflicht bei Hotelübernachtungen.

Der Bundestag verabschiedete am 22.6. die drei vorgeschlagenen Grundgesetzänderungen zum Bundesgrenzschutzgesetz, zum Verfassungsschutzgesetz und zum Waffengesetz sowie das Gesetz zur Verschärfung des Haftrechts bei einer Gegenstimme.

Der Bundesgrenzschutz erhält als paramilitärische Organisation den Charakter einer Bundespolizei, die auf Antrag der einzelnen Länder jederzeit "zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung in Fällen von besonderer Bedeutung" zur Unterstützung der Länderpolizeien angefordert werden kann. In dem alten Grenzschutzgesetz waren lediglich Truppeneinsätze bei Katastrophen festgelegt. Die Notstandsgesetze sahen darüber hinaus einen Einsatz "zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand der freiheitlich demokratischen Grundordnung" vor, während die neuen Bestimmungen jetzt jede Möglichkeit des Einsatzes, etwa bei größeren Demonstrationen, bei Rote-Punkt-Aktionen, bei Streiks etc. legitimieren und die "öffentliche Legitimation" des Einsatzes von BGS-Einheiten für den Staat erleichtern. In den §§ 9 - 12 des Gesetzes werden die polizeilichen Vollmachten des BGS geregelt, die an die Aufgaben einer Sicherheitspolizei heranreichen: er hat das Recht auf Anhaltung von Personen, erkennungsdienstliche Behandlung, Durchsuchung von Personen, Wohnungen und Sachen, Sicherstellung und Beschlagnahme von Sachen (vgl. weiter: Rote Robe 5/71: "Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Regierungstruppe").

Das Verfassungsschutzänderungsgesetz erweitert die Befugnisse des BfV sowohl gegenüber "radikalen Ausländerorganisationen" als auch gegenüber demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Bewegungen in der BRD.

Aufgabe der Verfassungsschutzämter ist die "Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen" über Organisationen, die geeignet sind, die innere oder äußere Sicherheit der BRD zu beeinträchtigen. Der zu beobachtende Personenkreis umfaßt Deutsche und Ausländer, sofern sie Bestrebungen unternehmen, die "durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen die fdGO oder auswärtige Belange der BRD gefährden können."

Unter "Gefährdung der inneren Sicherheit" wird neben der Gefährdung des Staates, seiner Rechtsordnung und des Funktionierens seiner Organe auch die Lähmung oder schwere Störung lebenswichtiger Verkehrs- oder Versorgungseinrichtungen verstanden. Diese Bestimmung ermöglicht ein Einschreiten des Verfassungsschutzes z.B. bei Streiks im öffentlichen Dienst oder in "lebensnotwendigen" (und damit in allen) Industriezweigen, sodaß "Radelführer" beobachtet und im Zusammenhang mit der Vorbeugehaftenerweiterung inhaftiert werden können. Mit dem Gesetz ist ferner sichergestellt, daß nicht nur Organisationen beobachtet werden, die sich das Ziel der "Beilegung der fdGO" gesetzt haben, sondern ebenfalls solche, die dieses Ziel nicht haben, also demokratische Organisationen (vgl. weiter: Rote Robe 4/71: "Änderung des Verfassungsschutzgesetzes").

Daß die individuellen Terrorakte der letzten Zeit nicht die Ursache, sondern nur willkommener Anlaß für den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates waren, sprach Genscher selbst offen aus, als er im Bundestag darauf hinwies, daß die Gesetzesänderungen nicht unter dem Eindruck der Bombenattentate zustande gekommen seien, sondern Ergebnis langer und sorgfältiger Vorarbeiten von Bund und Ländern seien.

## SPK Information:

die Justiz hat für den 7. November den Prozeß gegen 10 SPKler angekündigt. Das Urteil gegen die betroffenen wurde von der großen kriminellen Vereinigung PSYCHIATRIE-UNI-KuMi-PRESSE-BKA längst vollstreckt. Die neueste pogromhetze aus dem Hause Hase u. Köhler (baader-meinhof-report) ist ein staatsauftrag an die "staatschutzkammer", alles was unter stadterguerrilla subsumiert wird, zu liquidieren.

### PRESEERKLÄRUNG

Aufgrund von Gewalttätigkeiten seitens diensthabender Polizisten in einem Heidelberger Polizei-Revier kommen die SPK-Mitglieder, deren Haftbefehl außer Vollzug gesetzt wurde, ihrer Meldeaufgabe ab sofort nicht mehr nach. Zwei meldepflichtige SPK-Mitglieder wurden in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag (3./4.8.) Zeugen der brutalen Mißhandlung eines Festgenommenen und aufgrund ihrer Aufforderung - "keine Gewalttätigkeiten" - selbst tätlich angegriffen. Die Erstattung der mündlichen Strafanzeige (gemeinschaftliche Körperverletzung im Amt) in Gegenwart von Zeugen, zu deren Entgegennahme jedes Polizei-

Revier gesetzlich verpflichtet ist, wurde ebenfalls durch Gewaltanwendung verhindert. Die Unzumutbarkeit dieser Meldeaufgabe, d.h. die Gefahr, am Meldeort er Willkür von Polizeibeamten ausgesetzt zu sein, mußte vom zuständigen Richter im SPK-Verfahren bestätigt werden. Zur Aufrechterhaltung des rechtsstaatlichen Scheins und im Interesse eines "ordnungsgemäßen" Prozesses mit noch lebenden Angeklagten ist auch Richtern die vorschnelle Handlungsweise der Polizei nicht immer recht.

Informationszentrum Rote Volksuniversität, c/o Asta, 69 Heidelberg, Grabengasse 14  
Heidelberg, 5.8.72



# KNASTHILFE

Der Justiz gelingt es immer öfter, kämpferische Genossen von uns zu isolieren, sie von der politischen Entwicklung insgesamt abzuschneiden, sie ist aber nicht in der Lage, den Kampfgeist der Genossen zu brechen.

Wir dürfen nicht zulassen, daß der Justiz diese Isolierung immer mehr gelingt.

Die RH hat sich innerhalb ihres Programms die Aufgabe gestellt, dafür zu sorgen, daß die Genossen im Knast die Haftzeit kämpferisch politisch durchstehen, d.h., daß sie bet eiligt sind an den theoretischen und praktischen Aufgaben der Revolution.

Dazu ist notwendig : G E L D  
Jeder Genosse im Knast kann einmal in der Woche einkaufen, er darf im Monat DM 50,- verbrauchen. Es ist notwendig, daß die Gefangenen extra etwas kaufen können, um die Folgen der Haftnahrung für den Gesundheitszustand abzuwehren. Wo dies nicht gewährleistet ist, versucht die RH einzuspringen.

EIGENE KLEIDUNG  
Die Genossen tragen zum Teil Anstaltskleidung, weil sie niemanden haben, der ihnen eigene Sachen besorgt und sie regelmäßig reinigt. Für jeden Genossen muß jemand in 10 - bis 14-tägigen Abständen frische Wäsche, besonders Unterwäsche, Socken, Pullover bringen und die schmutzigen Sachen mitnehmen, um sie zu reinigen und auszubessern.

BESUCHE  
Es ist wichtig, die Besuchsmöglichkeiten - im Abstand von 14 Tagen - voll auszunutzen. Bei Genossen, die uns direkt aus dem Knast kontaktieren, ist es nötig, sich mit den Freunden und Eltern der Genossen zu treffen und den so entstandenen Kontakt aufrecht zu erhalten. Mit den Freunden und Eltern zusammen muß die politische und materielle Unterstützung des Genossen während und nach der Haft organisiert werden.

BÜCHER UND ZEITUNGEN  
Die Genossen im Knast wollen lesen : Wir müssen sie ständig mit Literatur versorgen, mit kommentierten Bücherlisten und zwar jeweils ihren spezifischen Interessen entsprechend. Bei den Besuchen auch mit den Genossen über ihre theoretische Arbeit diskutieren.

PROZESSVORBEREITUNG  
Die Genossen müssen wissen, daß sie sich nicht alleine auf ihre Prozesse vorbereiten, sondern daß dies geschehen muß in enger Zusammenarbeit mit den Genossen von der RH, vor allem aber in Verbindung mit der breiten kämpferischen Solidarität der Massen der Prozeßbesucher im Gericht und draußen.

BRIEFE  
Die Briefe der Genossen sind mit ihr einziges Kommunikationsmittel nach draußen. Wir werden daher die Briefe in unseren Infos veröffentlichen, d.h. wir werden sie sozialisieren, allen zugänglich machen. Noch einmal, die Genossen brennen darauf, zu erfahren was draußen läuft und daß von uns, und nicht aus der bürgerlichen Presse. Wir müssen ihnen schreiben, was wir machen, über Kampagnen berichten und über Auseinandersetzungen innerhalb der Linken. Außerdem wollen sie Fotos über Ereignisse, am liebsten solche, die wir selbst gemacht haben.

NOCH EINS ...  
Die Genossen im Knast sind kein Material und keine Objekte, es sind Menschen, nur wenn man sie als Subjekt begreift, kann ein intensiver Kontakt und praktische Solidarität möglich werden. Es ist aber auch nicht möglich, massenhaft Solidarität mit den inhaftierten, angeklagten und verurteilten Genossen herzustellen, wenn man in ihnen mehr oder weniger zufällige Opfer der Klassenjustiz sieht, sondern Solidarität nur dann wirksam und massenhaft werden kann, wenn man sich auf die revolutionären Ziele der Genossen bezieht, ergibt sich die Notwendigkeit zu Analysen des Kampfes dieser Genossen und der Angriffe des Staatsapparates.

Ein Teil der Solidarität wäre jetzt konkret, massenhaft zum Prozeß von Lawrence Jackson kommen, der Prozeß vermittelt auch ein großes Maß an Erfahrung der politischen Unterdrückung.

WIR SIND HIER DRIN FÜR EUCH  
IHR SEID DA DRAUSSEN FÜR UNS

758 Buhl, den 2.7.72  
Vollzugsanstalt

Mit einem 20-tägigen Hungerstreik protestiere ich gegen die polizeistaatlichen Praktiken der Ermittlungsbehörden gegenüber politischen Gefangenen, insbesondere

gegen alle, besonders im Zusammenhang mit den polizeilichen Festnahmen erfolgten Mißhandlungen, von denen mir nur die gegen Siegfried Hausner, Karmen Roll, Margrit Schiller und Heinrich von Rauch bekannt geworden sind,

gegen Ausschluß und Nichtzulassung von Rechtsanwalt Schily, dem von Gudrun Ensslin und Katharina Hammer-schmidt gewählten Verteidiger, aus den gegen die beiden angestregten Ermittlungsverfahren, und gegen die üblen Tricks, mit denen Ulrike Meinhofs Rücksprache mit ihren Verteidigern verzögert wurde,

gegen den durchsichtigen Versuch, mit massiven Repressalien Rechtsanwälten die Verteidigung unbequemer politischer Gefangener zu verleiten. Keinen anderen Grund und Inhalt haben die Repressalien gegen die Rechtsanwälte Becker, Croissant, Groenewold, Lang, Reinhardt und Schily. Bei der Durchführung und Vorbereitung polizeistaatlicher Schauprozesse sind Verteidiger lästig, die in Wahrnehmung ihrer Berufspflicht, Recht für den Gefangenen in Anspruch nehmen. Sie lassen sich nicht so ohne weiteres nackte Gewalt zugunsten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als Inhalt aller Rechtsstaatlichkeit andrehen. Vor allem lassen sie sich nicht mit der erforderlichen Leichtigkeit auf diesen "Sprachgebrauch" festlegen. Die "Hilfe" zur Beschleunigung dieses Anpassungsprozesses sollen Hetze, Beschuldigungen, Verleumdungen, Drohungen sein ...

gegen die Gesundheitsschädigung im Sinne des StPO durch die Zwangsrontgenaufnahmen bei Ulrike Meinhof und den versuchten Mord an Karmen Roll (Äthernarkose nach Art des Hauses Aichach) für ausschließliche erkenntnisdienliche Zwecke durch die Medizin als unmittelbaren Handlanger von Polizei und Justiz unter Kontrolle des Kapitals. Daß Widerstandspflicht medizinischem Sachverstand weiterhin ein unverständliches Fremdwort ist, belastet Beauftragte und Auftraggeber umso schwerer. Der als exzessive Dummheit getarnte Zynismus bundesanwältlicher Erklärungen zu dieser Zwangsrontgenaufnahme erfüllt den Tatbestand bewußter Irreführung des Volkes.

Die polizeistaatlichen Liquidationen zu kommentieren sprengt den Rahmen dieser Form des Protestes.

Ursel Huber

S  
P  
K  
K  
B  
R  
I  
E  
F  
K  
N  
A  
S  
T

# Frankfurt heute: 5 Der Bullenterror steigt unaufhaltsam!

der achtzehnjährige farbige Amerikaner Alfred J. Grayson wird im Morgengrauen von einem frankfurter Zivilbulle ermordet.

im bestreikten Haus Eppsteinerstrasse findet täglich ein Ueberfall der Bullen mit gezogenen Pistolen statt.

das bestreikte Haus Friedrichstrasse 37 wird mit Einverständnis der Bullen immer wieder von einer Schlägerbande überfallen.

im Hedderheimer Schwimmbad wird ein neunzehnjähriger italienischer Arbeiter von 2 Bullen festgenaiten und von den dort angestellten Bademeistern zusammengeschlagen.

FR 28.7.72

## VERSCHAERFTE AUSLAENDERGESETZE:

### Pistolen und Munition in Wohnheim entdeckt

Eine Mannschaft der Schutzpolizei und verschiedene Kriminalbeamte durchsuchten auf Grund eines Gerichtsbeschlusses am frühen Donnerstagmorgen drei Wohnheime in Griesheim, in denen ausländische Arbeiter untergebracht sind. In einem der Heime wurden zwei Männer festgenommen, die beide eine Pistole und Munition bei sich hatten. Es handelt sich um einen 37jährigen Spanier und einen 45jährigen Griechen. Die beiden wurden der Kriminalpolizei übergeben. gesch

Bei einer Nacht - und Nebelaktion gegen drei Wohnheime der ausländischen Arbeiter in Griesheim werden die sich im Schlaf befindenden Arbeiter mit Maschinenpistolen der Bulleneinsatzkommandos aus dem Bett getrieben. Auf dem Flur müssen die Arbeiter mit erhobenen Händen an der Wand Aufstellung nehmen. Die Zimmer und Schränke werden durchsucht. Alle Habseligkeiten werden über den Boden verstreut. Ein 37 jähriger Spanier und ein 45 jähriger Grieche werden festgenommen.

## Hausbesitzer, Magistrat ein Gangstersyndikat?

Am 24.7. erscheint das Ueberfallkommando um 20 15 auf der Querstr. 20. Mit gezogenen Pistolen werden alle im Haus wohnenden türkischen Arbeiter bedroht. Ein siebenjähriges türkisches Arbeiterkind läuft schreiend aus dem Haus, weil der mit den Zähnen fletschende Polizeihund durch alle Räumlichkeiten des Hauses gehetzt wird. Ohne Durchsuchungsbefehl werden alle Räumlichkeiten durchsucht. Die Hausbesitzerin, die 200.- Wuchermiete für ein kleines Zimmer kassiert, rief die Bullen, weil die türkischen Arbeiter lautstark wegen der Miete diskutierten.

Am 30. Juli wird von Lehrlingen, Arbeitern und Studenten am Beethovenplatz ein leerstehendes Haus besetzt. Bulleneinheiten kesseln das Haus ein, um es sturmreif zu machen. Bullenpräsident Müller, wie auch OB Arndt holen Verstärkung aus Hanau (Be reitschaftsbullen). Unter Aufsicht von Müller und Arndt werden Unbeteiligte brutal zusammengeschlagen. Polizeihunde werden mit Hundeführer auf Menschen losgelassen. 4 Personen erleiden schwere Bißwunden.

## Der Vorwand „Baader-Meinhof“

### „RAF“-Plakataktion

In der Nacht zum Montag haben Unbekannte an zahlreichen Plätzen des Frankfurter Stadtgebiets Plakate angebracht, die auf den Tod von Petra Schelm vor einem Jahr (15. Juli 1971) in Hamburg hinweisen. Nach Angaben eines Polizeisprechers tauchten die Plakate in zwei verschiedenen Ausführungen auf, von denen eine mit dem Kürzel der sogenannten Rote-Armee-Fraktion „RAF“ unterzeichnet war.

Auf dem „RAF“-Plakat stehen außer Petra Schelm, die der Baader-Meinhof-Gruppe zugerechnet wurde, die Namen Georg von Rauch und Thomas Weißbecker, die ebenfalls bei der Fahndung nach Mitgliedern der Anarchisten-Gruppe von Polizisten getötet worden waren. Das zweite Plakat zeigt einen roten Stern, unter dem in schwarzer Umrandung steht „Petra Schelm, am 15. 7. 71 ermordet von Polizeiterroristen“.

Nach Auskunft eines Polizeisprechers konnten die Personalien von vier Personen festgestellt werden, die beim Ankleben der Plakate beobachtet worden waren. Nähere Einzelheiten wurden nicht mitgeteilt. lh

Am 27. und 29.7.72 werden in Bad Homburg Taschen mit Waffen abgestellt und gefunden. Fundstelle Heuchelbach und Gebüsch (so HR). (Sender Gleiwitz?). Das ist der Vorspann für eine Bürgerkriegsaktion im Obertaunuskreis. Am 2. und 3. August 72 wird Bad Homburg und Umgebung von schwerbewaffneten Bulleneinheiten und Bundesgrenzschutz -Notstandszug umstellt. Die Stadt wird durchkämmt. Häuser und Wohnungen werden durchsucht. Die Bevölkerung wird aufgefordert die Augen offenzuhalten und nach Terroristen der Baader-Meinhof-Bande zu fahnden, sie bleibt weiterhin aufgefordert dürftig eingerichtete Wohnungen, wo Matratzen auf dem Boden liegen, sofort zu melden und ferner auch Wohnungen ohne Gardinen.

## trifft die gesamte Linke!

WIR GRATULIEREN

FR 18.7.72

# FRESSE HALTEN!

EINIGE LÄNGST BEKANNTE HINWEISE ZUM SELBSTSCHUTZ

Wenn die Bullen eine Freijagd auf die Genossen der RAF inszenieren können, den Genossen von Rauch einfach unlegen können, wenn die Politische Polizei sich in der linken Bewegung wie subaqua fühlen kann, dann liegt das nicht nur an der Gewissheit der Bullen oder den Fehlern der Genossen, die ge-

schnappt werden, das alles liegt auch an uns. Wir können über keinen politischen Mord klagen, ohne uns nicht gleichseitig zu fragen, in welchem Maß wir durch Dummheit, Unvorsichtigkeit, Geschwätzigkeit und Leichtsinns dazu beigetragen haben. Durch ihre Unvorsichtigkeit machen die Genos-

sen der POPO das Leben leicht, sich selbst und anderen Genossen aber die Weiterarbeit schwer. Ein Bulle braucht sich doch bloß einmal in eine linke Kneipe zu setzen, da kann er alles mitkriegen, was sich in nächster Zeit abspielt. Er braucht nur diskret mal ein Telefon abzuhören, schon kann er die schönsten Namen und Adressen kartei der westberliner Linken zusammenstellen. Das weiß natürlich jeder. Nur es kümmert sich offensichtlich keiner darum. Es scheint ja im Moment alles nicht so schlimm zu sein. Jeder Genosse sollte sich aber vor Augen halten, daß man auch s e i n Telefon abhören könnte, das

auch s e i n e Wohnung durchsucht werden könnte, daß auch neben i h m in der Kneipe ein Spitzel sitzen kann usw. Jeder sollte sich vor Augen halten, daß man auch i h n und jeden anderen Genossen, den er kennt einsperren kann, und das die Bullen, wenn er erst mal sitzt, keine Fräne um den 'Abbau seiner demokratischen Rechte' weinen werden. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, wollen wir hier - selbst wenn wir es schon öfter betont haben, selbst wenn es jeder schon weiß - noch einmal die wichtigsten Dinge, die man tun bzw. unterlassen sollte, zusammenfassen.

## WIE SCHÜTZE ICH MICH VOR BULLEN- UND JUSTIZTERROR?

**1** Kneipen dienen zur Reproduktion, nicht aber als politische Debattierclubs. Es dürfen in Kneipen g r u n d s ä t z l i c h k e i n e Diskussionen über konkrete Aktionen, interne Auseinandersetzungen, das Verhältnis von Genossen I oder Y zur revolutionären Gewalt oder die politische Funktion irgend eines Genossen geführt werden. Es braucht nicht jeder zu wissen, wo ihr politisch tätig seid!

**2** Informationsbedürftigen Menschen gegenüber die einen nicht persönlich bekannt sind und die man politisch nicht einschätzen kann, ist grundsätzlich die Presse zu halten. Diskutiert mit ihnen, ob sie Bündnispartner des Proletariats sind, was sie von der letzten KPH halten oder andere unverfängliche Fragen, redet aber auf keinen Fall über konkrete Aktionen, die Frage der revolutionären Gewalt u.ä.m. Gebt auf keinen Fall Namen, Adressen oder Telefonnummern weiter. Neugierige schickt

**4** Am Telefon werden grundsätzlich keine Adressen, Telefonnummern oder Nachnamen genannt. Die Bullen können jeder Zeit euer Telefon oder das eures Gesprächspartners abhören, auch so daß es weder in der Leitung knackt noch eine Wanze im Hörer ist! Führt eure Telefongespräche so, daß sie für Dritte unverständlich sind. Auch Termine, Tagungsorte und Treffpunkte sollten am Telefon nicht genannt werden, und wenn, dann nur verschlüsselt. Das wirkt zwar lächerlich, ist aber sehr nützlich und einfach.

**8** In Protokollen und Notizen sollten nur theoretische Erörterungen - soweit sie nicht die Frage der revolutionären Gewalt betreffen, Platz haben. Falls Namen genannt werden müssen, reichen Anfangsbuchstaben. Protokolle werden nur in so großer Zahl abgesetzt, wie Leute sie brauchen. Matrizen und Überschußexemplare gehören in den Ofen. Auch die Namen von Organisationen sollten weggelassen werden, es sei denn, es handelt sich um die CDU oder die Netzeinheitschaft.

**5** Wer Aktionen besprechen muß, kann dies auch auf einem Spaziergang machen. Frische Luft tut gut und ist Mikrofon- und Spitzelsfrei. Aktionen werden grundsätzlich nur mit denen besprochen, die auch daran teilnehmen. Führer und unparteiliche Ratgeber sind überflüssig. Aktionen werden nur von Gruppen durchgeführt, die sich gegenseitig gut kennen.

**9** Haltet eure Autos in Ordnung, achtet darauf, daß sie vorschriftsmäßig angemeldet sind etc. Führt immer einen Ausweis mit euch, sonst kann man euch zur Feststellung eurer Person grundlos jeder Zeit verhaften. Sorgt dafür, daß ihr eurem Wohnort politisch gemeldet seid, überlegt euch, wohin ihr verschwinden könnt, falls die Bullen euch mal suchen sollten. Vermeidet, durch irgendwelchen Kleinkram wie Klauen oder Ähnliches aufzufallen!

**6** Sitzungen sollten an Orten abgehalten werden, die die Bullen aller Wahrscheinlichkeit nach noch nicht kennen. In der U N I hat in der ESG haben die Wände Ohren. Auch in bekannteren Wohngemeinschaften ist Vorsicht angebracht. Mikrophone sind zwar nicht unsichtbar, aber oft sehr schwer zu finden. Deshalb: im Zweifelsfall wandern tags.

**10** Wenn euch irgendetwas komisch vorkommt, diskutiert es mit Genossen, derer ihr euch sicher seid. Wenn die Bullen irgendetwas gegen andere oder euch unternehmen, beachtlich die Rote Hilfe!

## KNASTOTHEK

- 85 Nürnberg, Bürenschanzstr. 68  
Willy Pieroch
- 8890 Aichach, Schloßplatz 7  
Margit Czenki
- 53 Bonn, Wilhelmstrasse Justizvollzugsanstalt  
Gert Müller
- 8214 Bernau, Postfach 23/5509  
Edgar Wolz
- 844 Straubing, Äußere Passauerstr. 90  
Heine Schoof, Rolf Pohle, Rolf Heissler
- 7 Stuttgart-Stammheim, Aspergstr. 60  
Helmut Pohl
- Strafanstalt Tegel, 1 Berlin 27, Seidelstr. 39  
Dieter Zielke, Gerhard Zawiszewski, Gerhard Knuth  
Hilmar Budde
- SPK Heidelberg:  
707 Schwäbisch Gmünd, Frauenhaftanstalt Gotteszell  
Herlikoferstr. 19
- Carmen Roll
- 755 Rastatt, Hildastr. 17  
Wolfgang Huber
- 758 Bühl/Rhein, Hauptstr. 94  
Ursel Huber
- Post an die Genossen vom SPK: Staatsanwaltschaft 75 Karlsruhe  
z.Hd. Oberstaatsanwalt Frank
- 75 Karlsruhe Riefenstahlerstr. 9  
Siegfried Hausner

zu den offiziellen Terminen eurer Organisationen. Vor allem: auch Bullen haben lange Haare und Bärte und wissen meist auch ganz gut über einige Sachen Bescheid. Laßt euch nicht täuschen: nicht jeder der ein paar linke Sprüche im Mund führt, muß ein Genosse sein. Spitzel kommen oft aus den eigenen Reihen! Besondere Vorsicht gegenüber Leuten, die sich als politisch Verfolgte ausgeben und von euch einen falschen Pass, eine Unterkrumft oder gar eine Knarre haben wollen. Ihr wisst grundsätzlich von nichts und schickt sie zur Roten Hilfe. Wenn sich solche Verfolgten auf euch bekannte Leute berufen, fragt gründlich nach, aber nicht am Telefon und auch nicht in Gegenwart dritter.

**7** In Adressenverzeichnissen reicht es, den Vornamen oder die Anfangsbuchstaben von Namen zu verwenden. Telefonnummern kann man auch für Außenstehende unverständlich machen. Man kann sein Adressverzeichnis auch durch 'Onkel Otto' oder 'Tante Paula' oder unbekannt Herrschaften aus dem Telefonbuch organisieren, das ersichert den Durchblick für Fremde.

**3** Dasselbe gilt für Leute, die euch in euren Wohnungen besuchen und behaupten, irgendjemand habe sie geschickt oder ihnen eure Adresse gegeben. Laßt möglichst keinen rein, verhandelt am besten nur auf dem Flur.

## SPK

- Untersuchungsfängnis Moabit, 1 Berlin 21, Alt Moabit 12 a  
Alfred Mahrländer, Horst Mahler, Hans Kallup, Dieter Kunzelmann, Klaus Hoppstädter, Michael Kipp, Joachim Tiedtke, Eric Grusdat, Hans-Jürgen Bäcker, Bernhard Braun, Heinz Jansen, Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Irene Goergens, Ingrid Schubert, Rolf Majer
- Frauenhaftanstalt, 1 Berlin 21, Lehrterstr. 61  
Brigitte Mohnhaupt, Dorothea Ridder, Katharina Hamerschmidt
- 65 Mainz, Dieter v. Isenburgerstr. 1  
Marianne Herzog (Post an sie: obige Adresse mit Zusatz: BGH 75 Karlsruhe, Ermittlungsrichter Buddenberg)
- 8 München 90, Stadelheimerstr. 12  
B. Braun  
Peter Schult, Alois Aschenbranner, Siegfried Hecker
- 4 Düsseldorf, Ulmenstr. 95  
Andreas Baader
- 48 Bielefeld, Postfach 220  
Till Meyer

- 2 Hamburg 36, Holstenglacis 3-5  
Werner Hoppe, Margrit Schiller, Wolfgang Grundmann  
Manfred Grashof
- 5 Köln 30, Rochustr. 350  
Astrid Proll, Jan Carl Raspe, Ulrike Meinhof, Hans-Dieter Lehmann
- 54 Koblenz, Simmernstr. 14a  
Karl Gaiser, Inge Viet, Harald Sommerfeld, Wolfgang Knupe, Gerd Stubenrauch
- 8602 Ebrach, Jugendstrafanstalt  
Richard Preindl, Edmund Bach, Roland Otto, Helmut M. Heiland, Karl-Heinz Kuhn, 4630 Bochum, Krimede 3  
Holzer Meins
- Jugendstrafanstalt Plötzensee, 1 Berlin 13, Heckerdamm 16  
Hans-Jürgen Donth
- 68 Mannheim, Herzogenriedstr. 111  
Ulrich R. Luther, Jöry Lany, 43 Essen, Krawehstr. 59  
Gydrun Esslin
- 205 Hamburg 80, Neuenammerherweg 59 Jugendstrafanstalt  
René Menges
- 2648 Vechta, Postfach 1403 (JVA für Frauen)  
Ilse Bongartz, Käthe Schulz, Renate Gens
- 3 Hannover, Schulenburglandstr. 145  
Bernd Morosow, Harry Bisermann
- 934 Wolfenbüttel, Am Ziegenmarkt 10  
Rudi Buckowski

41 Duisburg Landgerichtsstr. 2  
Manfred Schott

betr. US-Airbase Ramstein  
**Schreibt**

666 Zweibrücken, Joachim Schwabelstr. 33  
Larry Jackson, Charles Corley, Roy Lea  
Klaus Jünschke

**Prozess 21. August 72  
Frankentha Pfalz**

**in Sachen Nato + Rassismus**